

Sozial-ökologische Lösungsansätze für den Klimaschutz

Die Ökonomie des Klimawandels

Die OPEC hat sich für eine Drosselung der Erdölförderung ausgesprochen, um so den Ölpreis wieder auf ein hohes Niveau zu bringen. Ein hoher Energiepreis und ein verringerter Ölverbrauch sind ja gut für das Klima. Mitnichten! Das fossile Energieregime muss institutionell vom Emissionsregime getrennt bleiben, damit die Krise des Fossilismus vorübergehend entschärft werden kann.

Von Achim Brunnengräber

Der Erdölpreis wird wieder steigen, weil langfristig die stark steigende Nachfrage nicht mehr bedient werden kann. Eine nachhaltige Änderung dieses Trends ist nicht in Sicht. Darin sind sich alle Expert(inn)en einig. Die Internationale Energieagentur (IEA) errechnete, dass gegenwärtig 12,5 Millionen Barrel pro Tag fehlen, um den Weltbedarf zu decken. Die Schere zwischen globalem Energiehunger und der Verknappung fossiler Energieträger werde sich weiter öffnen. Lieferklemmen drohen, die Preise eskalieren und die Inflation steigt (Biol 2008). Das ist gut für das Klima, könnte man meinen. Eine Verteuerung beziehungsweise Verknappung der fossilen Energieträger führt zu einem verringerten Verbrauch und in der Folge zu verringerten Emissionen. Die Wirklichkeit sieht aber leider anders aus, denn sie ist wesentlich komplexer (1).

Der hochgeschnellte Preis für Erdöl, der im Juli 2008 bereits an die 150 US-Dollar für das Fass, also 159 Liter, heranreichte, wirkt sich sozial differenziert aus. Nicht alle schränken ihr Konsum- oder Mobilitätsverhalten aufgrund des hohen Ölpreises ein. Vor allem die einkommensschwachen Haushalte müssen mit Kaufkraftverlusten fertig werden, was vor allem deren Konsum zurückgehen lässt. Während die einen die Last der hohen Energiepreise zu tragen haben, investieren andere in bisher wenig lukrative Ölförderprojekte wie etwa in die Förderung des Ölsandes in Kanada oder spekulieren auf die zukünftige Preisentwicklung.

Was für das Erdöl gilt, kann auch auf den Klimawandel übertragen werden. Auch wenn der Klimawandel meist als globales Umweltproblem dargestellt und behandelt wird, stellt er mit seinen unüberschaubaren sozioökonomischen und ökologischen Konsequenzen eine tief greifende Gesellschaftskrise dar. Er ist eingeschrieben in die kapitalistische Wirtschaftsweise, in den Sachzwang Weltmarkt, die Wettbewerbslogik und in die Nord-Süd-Beziehungen. Der Klimawandel wirkt sich von Region zu Region und von Bevölkerungsschicht zu Bevölkerungsschicht

differenziert aus. Diejenigen sind am stärksten betroffen, die bereits jetzt sozio-ökonomisch benachteiligt sind. Im politischen Prozess, der auf ökonomische Lösungen abzielt, bleiben diese Zusammenhänge aber unberücksichtigt. Der Klimawandel wird in seiner Komplexität reduziert und mit marktwirtschaftlichen Instrumenten bearbeitbar gemacht (Brunnengräber et al 2008).

Dies ist notwendig, um Kohärenz zu gewährleisten; Kohärenz zwischen der globalen Regulation des Wettbewerbs, der mehr denn je vom Zugang zu fossilen Ressourcen und dem Verbrauch abhängig ist, und der Regulation der sozial-ökologischen Krise. Denn die dramatischen Auswirkungen des Klimawandels, von denen vor allem die sozial benachteiligten Menschen in den Ländern des Südens betroffen sind, können nicht mehr ignoriert werden. Die Zahl der Menschen nimmt stetig zu, die aufgrund veränderter landwirtschaftlicher Bedingungen etwa durch geringere Niederschlagsmengen oder längere Dürreperioden zur Migration gezwungen sind oder die regelmäßig von Flutkatastrophen und heftigen Stürmen bedroht werden. Auch in den Industrieländern häufen sich Extreme, wie Hitzeperioden, die vor allem für ältere Menschen gefährlich werden, oder Stürme, bei denen die Flüsse über die Ufer treten, Bäume umstürzen und Dächer abgedeckt werden.

Die Input-Seite: die fossilen Energien

Wie wird darauf reagiert? Die Auflösung des Widerspruchs zwischen fossilem Energieregime und dem Klimawandel spiegelt sich in der institutionellen Trennung zwischen der Input- und der Output-Seite wieder. Auf der Angebotsseite werden das Energieregime, die Extraktion und der Zugriff auf die Ressourcen, der Transport und die Vermarktung, der Handel mit Paper Oil sowie die auf fossile Energien angewiesenen Industriebranchen wie die Automobil- oder Zementindustrie von den klimapolitischen Instrumentarien kaum gestört. Verregelt wird im Klimaregime alleine der Ausstoß der Emissionen, die gehandelt und über den Clean Development Mechanism (CDM) hinzugekauft werden können. Diese Form der strategischen Selektivität wird erforderlich, damit die kapitalistische und globale Wachstumsorientierung beibehalten werden kann. Sie funktioniert aber nur bedingt und ist zeitlich beschränkt, die bisherigen Vereinbarungen enden 2012. Aus diesem Grund sind die internationalen Klimakonferenzen 2008 in Posen, Polen und dann 2009 in Kopenhagen, Dänemark, so wichtig. Kommt eine anspruchsvolle Einigung in den nächsten Jahren nicht zustande, steht die internationale Staatengemeinschaft vor einem Scherbenhaufen.

Der globale Energiebedarf und der damit verbundene Verbrauch von fossilen Energien haben in den letzten Jahren und Jahrzehnten kontinuierlich zugenommen. Der Anteil fossiler Energieträger an der Energiegewinnung liegt unverändert bei über 80 Prozent. Die Prognosen über die zukünftige Nachfrage nach fossilen Brennstoffen sowie der rapide ansteigende weltweite Energiebedarf um 1,8 Prozent jährlich beziehungsweise um bis zu 50 Prozent bis zum Jahr 2030 gegenüber 2005 deuten nicht einmal annähernd auf eine Verringerung des Anteils der fossilen Energien am Gesamtenergieverbrauch hin. Die Unsicherheiten aber sind groß. Einige gehen davon aus, dass die tägliche Fördermenge von 84,5 Millionen Barrel Öl höchstens noch um 1,5 bis 2 Millionen Barrel gesteigert werden kann, Peak Oil wäre damit fast erreicht. Andere schätzen, dass der Höhepunkt der weltweiten Ölförderung erst zwischen 2015 und 2020 eintritt. Als Reaktion auf die realen wie prognostizierten Knappheiten werden aber keine neuen nicht fossilen Wege beschritten. Von der G8 werden vielmehr 17.000 Milliarden Dollar Investitionen für die Energiesicherheit innerhalb der nächsten 25 Jahre und der massive Ausbau der Öl- und Kohleförderung gefordert. Auch die IEA fordert, dass besonders in den Schlüsseländern der OPEC Ölförderprojekte finanziert werden müssten. Die Weltbankgruppe unterstützt diese Politik. Sie hat ihre Projektausgaben im fossilen Energiebereich im Geschäftsjahr 2006 um 93 Prozent zum Vorjahr auf 869 Millionen US-Dollar gesteigert. Für 2007 lagen die Neuzusagen bei etwa 600 Millionen US-Dollar. Im Vergleich dazu belaufen sich die gegenwärtig in den klimapolitischen Finanztöpfen vorhandenen Mittel zur Anpassungsförderung auf insgesamt rund 200 Millionen US-Dollar. Der Preis für Erdöl muss also hoch sein, damit die Investitionen auch aufgebracht werden können. Ein hoher Preis macht den Einsatz erst lohnenswert und profitabel.

Schwierige Pfadänderung

Daher ist es so schwer, dem Klimawandel mit dem Preismechanismus, etwa mit der Erhöhung der Steuern auf fossile Energien, zu begegnen. Eine Lenkungswirkung hin zu einem niedrigen globalen Verbrauch oder zu einer Pfadänderung wird auf diese Weise noch nicht eingeleitet. Aber genau das war die ursprüngliche Idee des Emissionshandels, der die Ölpreise der 1990er Jahre zur Grundlage nahm und, wenn auch nur in bestimmten Sektoren der Wirtschaft, zur Verteuerung der fossilen Energien führen sollte. Die Preise sollten die ökologische Wahrheit sagen. Wie schwer eine Pfadänderung ist, zeigen nicht zuletzt auch die Agrotreibstoffe. Diese können zwar die nationale Klimabilanz verbessern helfen, sie verlagern aber das Problem nur in die Länder des Südens, wo bei der Produktion und dem anschließenden Transport erhebliche Mengen an klimaschädlichen Treibhausgasen emittiert werden. Ihre Kohlenstoffdioxid-Bilanz ist also kaum positiv. Dafür werden durch die Konkurrenz zwischen dem Anbau von Nahrungsmittel für Menschen, den Agrotreibstoffen für die Automobilindustrie und den Futtermitteln für die industrielle Tierhaltung ganz neue

Probleme erzeugt. Agrotreibstoffe aber werden wichtiger, um die Abhängigkeit vor allem der Industrieländer von fossilen Energien zu verringern.

Das geringe Kyoto-Ziel, die Treibhausgasemissionen um 5,2 Prozent bis 2012 im Vergleich zum Basisjahr 1990 zu verringern, hat auf die Input-Seite des Fossilismus faktisch keine Auswirkungen. Diese Zielformulierung, festgehalten im Kyoto-Protokoll und völkerrechtlich verbindlich seit Februar 2005, setzt an der Output-Seite des fossilen Energieregimes an. Darin drückt sich die Festlegung auf eine nachgelagerte Problembearbeitung aus, die als End-of-pipe-Strategie die Umweltpolitik der 1980er und beginnenden 1990er Jahre prägte und eigentlich als Auslaufmodell galt. In den internationalen Klimaverhandlungen war jedoch eine Einigung auf die Reduktion des absoluten Verbrauchs fossiler Energieträger, was zur direkten Emissionsreduktion führen würde, weder politisch noch ökonomisch realistisch und durchsetzbar. Erst durch diesen interessen geleiteten Schachzug, der die Emissionen und nicht die fossilen Energieträger ins Zentrum der Verhandlungen hob, wurden die Voraussetzungen für die Verabschiedung des Kyoto-Protokolls geschaffen.

Die Output-Seite: die Emissionen

Durch die Inwertsetzung der schädlichen Treibhausgase wurden schließlich die Debatten über technologische Lösungen wie Effizienzstrategien, Sequestrierung und Senken ebenso wie die marktwirtschaftlichen Instrumente wie der Emissionshandel möglich. Insbesondere der Emissionshandel wird heute als das zentrale Instrument zum Schutz des Klimas angesehen, aber auch der Clean Development Mechanism (CDM) und Joint Implementation (JI) sind für ein funktionierendes Emissionshandelssystem unerlässlich. Erst die Flexibilität zwischen den Instrumenten ermöglicht es, nicht kalkulierbare Risiken bei der Emissionsreduktion, beispielsweise durch erhöhte Wachstumsraten, Verzögerungen bei den technologischen Lösungen und nicht ausreichende Effizienzstrategien, rechnerisch ausgleichen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass zahlreiche CDM-Projekte sehr kostengünstige Emissionsrechte generieren, aber das Kriterium der Zusätzlichkeit von CDM-Projekten nicht eingehalten wird. Andernfalls würden sie nicht zur Verringerung der Emissionen führen. So können die beteiligten deutschen Unternehmen in der zweiten Emissionshandelsphase von 2008 bis 2012 Emissionsgutschriften aus CDM-Projekten bis zu einer Höhe von 22 Prozent zusätzlich auf ihr Emissionsbudget anrechnen lassen. Das sind jährlich etwa 90 Millionen Tonnen. Wären nur ein Drittel der künftig eingeführten CDM-Zertifikate aus nicht zusätzlichen Projekten stammend, so wäre der Beitrag des deutschen Emissionshandelssektors zum globalen Klimaschutz bis zum Jahr 2012 gleich null (Altwater /Brunnengräber 2008).

Trotz aller Bemühungen um die Funktionsfähigkeit der eingeführten flexiblen Mechanismen, die realen und prognostizierten Treibhausgasentwicklungen lassen eher Zweifel an de- →

„Die Debatte zur Lösung des Klimawandels müsste weniger um ökonomische Effizienz und die Ausgestaltung marktwirtschaftlicher Instrumente geführt werden als um sozial-ökologische Gerechtigkeit.“

Staatlichkeit im Wandel

Aber dessen ungeachtet locken beim Handel mit dem Klima erhebliche Gewinne. Akteure aus dem Finanzsektor, den Emissionshandelsstellen, Zertifikatehändler, Broker und Spekulanten engagieren sich für den Klimaschutz. Der Bedarf an Beratungsfirmen ist immens gestiegen und zahlreiche Durchführungs- und Prüfgesellschaften konkurrieren auf dem neuen Markt um die richtigen und profitabelsten Wege zum Klimaschutz. Vor allem der Markt mit CDM-Projekten in Schwellen- und Entwicklungsländern boomt. Das Kyoto-Protokoll als Ergebnis langwieriger internationaler Verhandlungen ist heute also nur eine, vielleicht sogar die unbedeutendere Seite der klimapolitischen Medaille. Die andere Seite besteht aus der Suche nach First-Mover-Advantages, neuen Geschäftsfeldern und -praktiken und den daraus resultierenden ökonomischen Profiten.

ren Wirksamkeit aufkommen. Das bestätigen die vom Klimasekretariat veröffentlichten Daten (2): ein Plus des Kohlenstoffdioxid-Ausstoßes von 59,8 Prozent von 1990 bis 2005 in Spanien, plus 40,3 Prozent in Portugal, plus 54,2 Prozent in Kanada und plus 7,1 Prozent in Japan. Deutschland hat seinen Kohlenstoffdioxid-Ausstoß um 19,5 Prozent reduziert und steht damit zusammen mit Großbritannien, das seinen Ausstoß um 15,4 Prozent reduziert hat, relativ gut da. Aber auch in den beiden europäischen Vorreiterländern ist es noch nicht sicher, dass die Kyoto-Ziele eingehalten werden. In der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung insgesamt steigen die Emissionen und dürften 2012 im Vergleich mit 1990 um 20 Prozent höher liegen.

Weltweit, das heißt mit Berücksichtigung der USA und Australien, aber auch der stark wachsenden Schwellenländer wie China und Indien, sieht die Situation noch dramatischer aus. Die Emissionen sind im Jahr 2005 gegenüber 2004 um 2,5 Prozent angestiegen. Nimmt man das Basisjahr 1990, sind die Emissionen weltweit sogar um 27 Prozent höher (Global Carbon Project 2008). Global könnten die Emissionen nach einer Prognose der IEA bis 2030 um 28 Prozent gegenüber 2005 ansteigen. In der Europäischen Kommission konnten die Emissionen gegenüber dem Basisjahr 1990 zwar um 4 Prozent reduziert werden. Bis 2012 muss die EU jedoch ihre Emissionen um 8 Prozent verringert haben. Als besonders schwierig dürfte sich diesbezüglich erweisen, dass die partiell verzeichneten Reduktionen primär auf externe Effekte wie dem Transformationsschock in den neunziger Jahren in den Ländern Mittel- und Osteuropas zurückzuführen sind und nicht auf gezielte Klimaschutzmaßnahmen (Ziesing 2008).

Bisher ist der Kyoto-Prozess den Beleg schuldig geblieben, dass er einen wirksamen Beitrag zur Lösung des Klimaproblems leisten kann. Alles in allem steht ein messbarer Erfolg der internationalen Klimaschutzpolitik weiterhin aus. Statt der angestrebten Reduktion sind die Treibhausgasemissionen in der Mehrzahl der Länder weiter gestiegen. Strafen bei Nicht-Erfüllung drohen kaum. Die vorgesehenen Sanktionen sind zu harmlos, als dass sie eine abschreckende Wirkung entfalten könnten. Und mit dem CDM eröffnen sich bilanztechnische Schlupflöcher, die den Emissionshandel noch erheblich in Misskredit bringen können.

Die Ökonomie des Klimas ist ein Beispiel dafür, wie eine sozial-ökologische Problemlage, ein sogenanntes Soft Issue, in harte Wirtschaftspolitik überführt wird. Der Markt für Verschmutzungsrechte wird ja nicht nur ökonomisch über Tauschbeziehungen, sondern maßgeblich politisch geschaffen. Staatliche Regierungen sind zentrale Akteure bei der Konstitution neuer transnationaler Räume, in denen sich die Märkte für das gute Klima entfalten können. Komplexe staatlich-private Politiknetzwerke, internationale Organisationen, grenzüberschreitende Regime und Verhandlungssysteme können folglich kaum als Schwäche von Staatlichkeit interpretiert werden, sondern sind ein Governance-Merkmal, das den Formwandel von Staatlichkeit anzeigt. Der neue Konstitutionalismus wird von mächtigen Regierungen international organisiert.

Dies bedeutet, dass die Funktion des Staates in der politischen Herstellung und Stabilisierung derjenigen gesellschaftlichen Bedingungen besteht, die die Kapitalakkumulation auch weiterhin ermöglichen und optimieren. Er kodifiziert dazu in neuen Kooperationsformen und Verhandlungssystemen gesellschaftliche Macht- und Herrschaftsverhältnisse. Diese werden gesichert, indem sie die Konflikte mittels strategischer Selektivitäten und auch politischer Nicht-Entscheidungen in Korridoren balancieren, die die Kernbestände der Ökonomie nicht verändern. Doch dafür ist die relative Autonomie, also die institutionelle Festigkeit und Dynamik des Staates gerade auch in den Außenbeziehungen, die Voraussetzung für die Regulation der widersprüchlichen Prozesse zwischen Input- und Output-Seite. Ohne die Sicherung der natürlichen fossilen Ressourcen und die politische Bearbeitung der externen Effekte, also der Emissionen, wäre der ökonomische Reproduktionsprozess gefährdet. Aus sich heraus könnte die Ökonomie aufgrund der prekären Versorgungslage mit fossilen Energien und ihrer durch die Externalitäten hervorgerufenen gesellschaftlichen Krisenhaftigkeit keine relative Stabilität erlangen. Vor dem Hintergrund grenzüberschreitender Problemlagen ist dafür die Internationalisierung starker Staatlichkeit unerlässlich.

Globale Hegemonie

Werden Klimaschutz und eine Reduktion der Kohlenstoffdioxid-Emissionen ernsthaft als Zielmenge formuliert, müsste die Petroleum-Ära überwunden werden, noch ehe die Verknappung der fossilen Energieträger eintritt. Die fossilen Energieträger sind jedoch die Voraussetzung, der Schmierstoff für eine funktionierende kapitalistische Marktwirtschaft. Die Macht- und Herrschaftsbeziehungen auf der Input-Seite strukturieren den eingeschränkten polit-ökonomischen Möglichkeitsraum für die internationale Klimapolitik. Es ist daher kaum glaubhaft anzunehmen, dass die Kohlenstoffdioxid-Emissionen in umfassendem Maße auf absehbare Zeit reduziert werden, wenn gleichzeitig der Zugang zu und die Verfügbarkeit über fossile Energieträger lange schon nationalstaatliche Sicherheits- und Militärpolitik berühren. Die Klimapolitik und ihre Instrumente werden aus dem Schatten der spezifischen, sich historisch entwickelten Sachzwanglogik des Kapitalismus nicht heraustreten können. Sie werden zum integralen Bestandteil einer umfassenden Hegemonie. Das bedeutet, dass der Charme der Klimapolitik bis weit in die Gesellschaft, in die Privatwirtschaft, in die Umweltorganisationen und die staatlichen Entscheidungsträger hineinreicht.

Die Atmosphäre und das Klima werden als global zu schützendes Gut, als ein globales öffentliches Gut angesehen, und das eigentliche Problem als Umweltverschmutzung interpretiert, nicht aber mit dem Verbrauch fossiler Energien und der damit verbundenen geostrategischen Sicherung des Zugangs zu diesen verknüpft. Der Verbrauch an fossilen Energien dagegen wird als Grundlage des Wirtschaftswachstums unserer nationalen Gesellschaft angesehen. Diese Trennung ist voraussetzungsvoll. Die Brandmauer zwischen ökonomischem und ökologischem Energieregime wird, wie gezeigt wurde, im politischen Prozess hergestellt und ist keinesfalls eine natürliche Notwendigkeit. Sie wird diskursiv-ideologisch wie institutionell vollzogen. Aus dieser Perspektive lässt sich auch Kopenhagen 2009 folgendermaßen deuten. Die strategische Selektivität, durch die die kapitalistischen Reibungskräfte zwischen Ökonomie und Ökologie vorübergehend aufgehoben werden, muss auch für die Jahre nach 2012 gesichert werden, damit das weiter so glaubhaft vermittelt und die Krise politisch-institutionell entschärft werden kann. In der Re-Interpretation und Re-Organisation der Krise wird aus dem zerstörerischen Kapitalismus schließlich jene alternativlose Instanz, die die Lösungen verspricht: globale Finanzmärkte, effizientere Technologien, Investitionen, weltweiter Handel sowie die flexiblen Instrumente CDM, JI und Emissionshandel.

Ausblick

Durch die instrumentelle Einhegung werden bei Weitem nicht alle ökonomischen, gesellschaftlich-kulturellen und technischen Möglichkeiten ausgeschöpft, die vorhanden sind. Es fehlen Diskurse über einen grundlegenden ökonomischen Wan-

del in den Industriestaaten ebenso wie die nötige Änderung von Lebensstilen und Werten. Wissenschaftliche und politische Unsicherheiten bleiben ebenso ausgeklammert wie die gesellschaftlichen und sozialen Dimensionen des Klimaproblems. Schon institutionell wird festgelegt, dass aufgrund der involvierten Akteure der internationalen Klimapolitik, des Beteiligungsmodus und des Entscheidungsprozesses weitreichende gesellschaftliche Alternativen kaum diskutiert, sondern eher marginalisiert werden.

In Ländern Asiens, Lateinamerikas und Afrikas weisen indigene und nicht-indigene Bevölkerungsgruppen aber schon seit Jahren vehement darauf hin, dass sich die sozial-ökologische Krise sowie die daraus abgeleiteten internationalen Instrumente in neue lokale und regionale Verteilungskonflikte übersetzen oder bestehende Konflikte verschärfen. Die Debatten zur Lösung des Problems Klimawandel müssten aus dieser Perspektive weniger um ökonomische Effizienz und die Ausgestaltung marktwirtschaftlicher Instrumente geführt werden als um sozial-ökologische Gerechtigkeit. „Gegen-hegemoniale“ Ansätze erschöpfen sich daher nicht in der sozialen Auseinandersetzung mit dem Hegemon oder mit einer einzelnen Instanz, sondern müssen die hegemonialen gesellschaftlichen Verhältnisse insgesamt berücksichtigen. Gegenstrategien und Alternativen müssen, zunehmend im globalen Kontext, in sozialen Prozessen und unter breiter Beteiligung entwickelt werden.

Anmerkungen

- (1) Der Text basiert im wesentlichen auf: Brunnengräber, A.: *Global Climate Governance. Eine Mehrebenenanalyse der politischen Ökonomie des Klimas*. München 2008.
- (2) Weiter Informationen im Internet unter: www.unfccc.int und www.unfccc.de

Literatur

- Altwater, E. / Brunnengräber, A. (Hrsg.): *Ablasshandel gegen Klimawandel? Marktbasierende Instrumente in der globalen Klimapolitik und ihre Alternativen*. Hamburg 2008.
- Brunnengräber, A. et al: *Das Klima neu denken. Eine sozial-ökologische Perspektive auf die lokale, nationale und internationale Klimapolitik*. Münster 2008.
- Global Carbon Project (Hrsg.): *Carbon budget and trends 2007*. Canberra 2008. Internet: www.globalcarbonproject.org
- Birol, F.: *Die Sirenen schrillen*. In: *Internationale Politik* 04/2008, S. 34-45.
- Ziesing, H.-J.: *Weiter Warten auf Rückgang der weltweiten CO₂-Emissionen*. In: *Energiewirtschaftliche Tagesfragen* 58, 9/2008, S. 62-73.

■ AUTOR + KONTAKT

Dr. Achim Brunnengräber ist Privatdozent am Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften der Freien Universität Berlin.

Dr. Achim Brunnengräber,
E-Mail: priklima@zedat.fu-berlin.de



(c) 2010 Authors; licensee IÖW and oekom verlag. This is an article distributed under the terms of the Creative Commons Attribution Non-Commercial No Derivates License (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/>), which permits unrestricted use, distribution, and reproduction in any medium, provided the original work is properly cited.